



Detailansicht des Registereintrags

Verband der Anbieter im Digital- und Telekommunikationsmarkt (VATM) e.V.

Stand vom 07.08.2025 10:18:56 bis 26.09.2025 19:20:57

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002709
Ersteintrag:	03.03.2022
Letzte Änderung:	07.08.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	18.03.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: VATM e.V. Reinhardtstr. 31 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493081476080 E-Mail-Adressen: cs@vatm.de gw@vatm.de sl@vatm.de Webseiten: www.vatm.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

430.001 bis 440.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

3,90

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Valentina Daiber**
Funktion: Präsidentin des VATM e.V.
2. **Michael Jungwirth**
Funktion: Präsidiumsmitglied
3. **Wolfram Rinner**
Funktion: Vizepräsident
4. **Karsten Rudloff**
Funktion: Präsidiumsmitglied
5. **Rickmann von Platen**
Funktion: Präsidiumsmitglied
6. **Timm Degenhardt**
Funktion: Präsidiumsmitglied
7. **Markus Hendrich**
Funktion: Präsidiumsmitglied
8. **Michael Martin**
Funktion: Präsidiumsmitglied
9. **Carina Panek**
Funktion: Präsidiumsmitglied
10. **Wendler Soeren**
Funktion: Präsidiumsmitglied

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Solveig Orlowski**
2. **Frederic Ufer**
3. **Maria Schlechter-Heims**
4. **Gerrit Wernke**
Tätigkeit bis 12/22:
Wissenschaftlicher Referent
für ein Mitglied des Deutschen Bundestages
5. **Steffen Lehmann**
6. **Jeffrey Al-Ali LL.M.**
7. **Valentina Daiber**

Gesamtzahl der Mitglieder:

171 Mitglieder am 22.04.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
2. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
3. Initiative D21

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (10):

Parlamentarisches Verfahren; EU-Gesetzgebung; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Industriepolitik; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Dem VATM gehören die größten deutschen Telekommunikationsunternehmen an, insgesamt rund 170 auch regional anbietende Netzbetreiber, Diensteanbieter aber auch Zulieferunternehmen. Der Verband vertritt die Interessen dieser Unternehmen gegenüber der Politik und betreut in Sacharbeit jedes Jahr zahlreiche regulatorische Verfahren vor der Bundesnetzagentur und anderen Behörden.

Die VATM-Mitgliedsunternehmen versorgen 80 Prozent aller Festnetzkunden und nahezu alle Mobilfunkkunden außerhalb der Telekom in Deutschland. Der Verband, der die Wettbewerber der Telekom vertritt, wurde 1998 mit der Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts gegründet. Mit der Liberalisierung entstanden nicht automatisch chancengleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Marktteilnehmer. Da sich die politischen und wirtschaftlich verlässlichen Rahmenbedingungen für fairen Wettbewerb nicht durch einzelne Unternehmen isoliert durchsetzen ließen und lassen, haben viele TK- und Dienstleistungsunternehmen ihre Kräfte gebündelt und sich im VATM zusammengeschlossen.

Der VATM steht im Dialog mit der Politik, der Branche sowie der Wissenschaft und den Medien. Die Geschäftsstellen in Berlin, Brüssel und Köln tauschen sich mit Entscheidungsträgern sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene aus und bringen sie in den fachlichen Austausch mit den Mitgliedern. Auch in Washington verfügt der VATM über Ansprechpartner:innen in den Bereichen Finanzen, Wirtschaft und Regulierung.

Der Verband bezieht Position zu gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene sowie zu nationaler und europäischer Regulierung. Dazu gehören u. a. die Rahmenbedingungen für eine Gigabit-Versorgung, die Gestaltung der Förderung beim Netzausbau, Vergaberecht und Ausschreibungsverfahren, Zugang zu Netzen Dritter und Zugang Dritter auf das eigene Netz. Der Verband besetzt politische Themen, die für die Zukunft der Mitgliedsunternehmen relevant sind: FTTH/FTTB-Ausbau, 5G und weitere neueste technologische

Entwicklungen, Investitionssicherheit durch verlässlichen Regulierungsrahmen, Wettbewerb als Treiber des Gigabit-Ausbaus, Zukunft der Dienste, Qualitätssicherung, Ein-kauf marktgerechter Vorprodukte, Datenschutz und Datensicherheit.

Der VATM informiert seine Mitglieder über alle relevanten Themen und Entwicklungen in Berlin, Bonn, Brüssel und in den USA, bewertet und erarbeitet mit den Mitgliedern gemeinsame Positionen. Er kommuniziert die Verbandsinteressen nach außen. In Veranstaltungen werden die Standpunkte u. a. mit Wirtschaft, Politik und Regulierung ausgetauscht.

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. Strompreispaket

Beschreibung:

Im Zuge der Einigung zum Bundeshaushalt 2024 hat die Bundesregierung die Stromsteuer für Unternehmen des produzierenden Gewerbes auf den Mindestwert, den die Europäische Union zulässt, gesenkt. Grundsätzlich möchten wir das Engagement der Bundesregierung begrüßen, um negative Auswirkungen steigender Energiekosten für den Wirtschaftsstandort Deutschland abzuwenden. Gleichzeitig müssen wir hinsichtlich der Umsetzung des Strompreispaketes darauf hinweisen, dass insbesondere auch Telekommunikationsnetzbetreiber und Rechenzentren zwingend zu berücksichtigen sind.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8298 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Haushaltsfinanzierungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: [BMF](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2404050004](#) (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

2. Strategischer Überbau

Beschreibung:

In über 90 % aller Gemeinden in Deutschland lohnt sich die flächendeckende Erschließung mit Glasfaser wirtschaftlich nur für ein Unternehmen. Die Telekom nutzt nun ihre monopolartige Versorgung in beliebigen Gemeinden, um gezielt nur die lukrativsten Gebiete

auszubauen, was den Businesscase für den Erstinvestor zerstört. Dies führt zu einem geringeren eigenwirtschaftlichen Ausbau, steigendem Förderbedarf und entsprechende Verzögerungen. Investoren werden abgeschreckt, und viele Ausbauprojekte bleiben auf der Strecke. Die Auswirkungen für die gesamte Infrastruktur und die Bevölkerung sind drastisch.

Betroffenes geltendes Recht:

TKG 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2404050005 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 25.03.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. Gigabit-Rahmenregelung

Beschreibung:

Hinsichtlich einer Anpassung der Rahmenregelung der Gigabitförderung zielt unsere Interessenvertretung insbesondere darauf ab, dass eine sinnvolle Verzahnung des eigenwirtschaftlichen Ausbaus mit Fördermitteln erreicht wird und der Einsatz von Steuergeldern somit möglichst reduziert werden kann. Hierbei soll für die Marktteilnehmer Rechtssicherheit bestehen und eine etwaige Inanspruchnahme von Fördermitteln auch praktikabel sein.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406270048 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

2. SG2501060001 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.12.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

4. Umsetzung der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)

Beschreibung:

Die Corporate Social Responsibility Directive (CSRD) muss bis 6. Juli 2024 in deutsches Recht umgesetzt werden. Hierbei zielt unsere Interessenvertretung insbesondere darauf ab, die Vorgaben die Ziele der Richtlinie möglichst effizient zu implementieren. Dies beinhaltet eine Beschränkung bürokratischer Berichtspflichten auf ein notwendiges Minimum und eine Betrachtung des Gesamtkontexts mit dem bereits bestehenden Lieferkettenschutzgesetz (LkSG) und zukünftiger Vorgaben, die vor allem auf der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) beruhen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]; HGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406270058 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

5. Umsetzung der Richtlinie zur Netzwerk- und Informationssicherheit (NIS-2)

Beschreibung:

Die NIS-2 Richtlinie muss bis September 2024 in deutsches Recht umgesetzt werden. Telekommunikationsunternehmen unterliegen bereits der Sicherheits- und Ausfallsicherheitsregulierung. Unsere Interessenvertretung zielt daher insbesondere darauf ab, dass bei gleichbleibendem Schutzniveau keine zusätzlichen bürokratischen Hürden aufgebaut werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 380/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13184 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

TKG 2021 [alle RV hierzu]; BSIG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2406280127 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2409270103 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. SG2412190009 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.12.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

6. Überarbeitung der TK-Mindestversorgungsverordnung

Beschreibung:

Im Anschluss an die Evaluierung der TKMV, ist zu erwarten, dass ein Verfahren zur Überarbeitung der TKMV startet. Unsere Interessenvertretung zielt hierbei insbesondere darauf ab, dass Änderungen des Bandbreitenbedarfs mit einer sachlichen Notwendigkeit begründet werden müssten.

Betroffenes geltendes Recht:

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406280132 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.06.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

7. Festlegung der Bedingungen und Preise für den Zugang Dritter auf die Vorleistungsebene geförderter Netze

Beschreibung:

Mit der überarbeiteten EU-Rahmenregelung müssen bis zu den Ende 2024 erwarteten ersten Ausschreibungen auch nationale Anpassungen vorgenommen werden. Unsere Interessenvertretung zielt insbesondere darauf ab, bei der Festlegung der Bedingungen und Preise für den Zugang Dritter auf die Vorleistungsebene geförderter Netze vernünftige Bedingungen im Rahmen der Förderrichtlinie zu schaffen, die im Sinne des Wettbewerbs im TK-Markt gestaltet werden müssen.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406280146 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

8. e-Evidence-Verordnung

Beschreibung:

Die „e-Evidence-Verordnung“ (VO (EU) 2023/1543) tritt zum 18.08.2026 in Kraft. Die Anwendung führt dazu, dass berechtigte Stellen innerhalb der EU, Bestandsdaten und Zugangsdaten anfragen können, die im Zusammenhang mit Straftaten stehen. Beim Vorliegen entsprechender Straftaten (wie z.B. Computerbetrug, Hacking und Phishing) können entsprechende Anfragen gestellt werden. Die Folge der Herausgabeanfrage an die betroffenen Unternehmen ist hierbei die Verpflichtung der Herausgabe der angefragten Daten innerhalb eines Zeitraums von 10 Tagen und in Notfallkonstellationen von acht Stunden. Für diese Fälle muss demnach ein Diensteanbieter entsprechende System- und Personalstrukturen aufbauen, um zeitnah reagieren zu können.

Betroffenes geltendes Recht:

TKG 2021 [alle RV hierzu]; TTDSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2409270119** (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

9. Beschleunigung von Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsverfahren

Beschreibung:

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren stark zu beschleunigen. Trotz des auf den ersten Blick positiv kommunizierten Zwischenberichts zum Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung zwischen Bund und Ländern ist durch die Vielzahl der Novellierungen der Landesbauordnungen einzelner Bundesländer auffällig geworden, dass es zu keiner konsequenten Umsetzung des Bund-Länder-Beschleunigungspaktes kommt. Eine zügige und vollständige Umsetzung ist voranzutreiben. Weiter kann eine Verfahrensbeschleunigung auch über eine Anpassung des Verkehrsrecht (StVO) ermöglicht werden. Generell ist das Baugesetzbuch (BauGB) neben der Musterbauordnung die zentrale rechtliche Grundlage für entsprechende Regelungen in Deutschland.

Betroffenes geltendes Recht:

BBauG [alle RV hierzu]; StVO 2013 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2409270120 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.08.2024 an:

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)

[alle SG dorthin]

2. SG2409270121 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

(BMWSB) [alle SG dorthin]

3. SG2503210006 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)

[alle SG dorthin]

10. Digitale Transformation

Beschreibung:

Das Regelungsvorhaben hat das Ziel, die digitale Transformation Deutschlands prioritär auf die politische Agenda zu setzen. Zur Beschleunigung des Ausbaus moderner Telekommunikationslinien und für die Migration von Kupfer zu Glasfaser brauche es wettbewerbskonforme Rahmenbedingungen, Bürokratieabbau sowie einheitlichere Genehmigungsprozesse. Zudem muss sich die Gigabitförderung auf den Lückenschluss und den eigenwirtschaftlichen Ausbau konzentrieren. Eine Bündelung der digitalpolitischen Zuständigkeiten in einem Bundesministerium für Digitales (BMD) ist ebenfalls vorteilhaft, um die Digitalisierung und Transformation in allen Sektoren zu koordinieren und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 391/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen
(TK-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz)

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/319 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes und zur Feststellung
des überragenden öffentlichen Interesses für den Ausbau von Telekommunikationsnetzen
(TKG-Änderungsgesetz 2025)

Betroffenes geltendes Recht:

TKG 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu];
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV
hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Parlamentarisches
Verfahren [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und
Informationstechnik" [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht
[alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (7):

1. SG2409270122 (PDF - 20 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

2. SG2412050010 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP)
[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

3. SG2412100013 (PDF - 17 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.10.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

4. SG2412100015 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.11.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

5. SG2412100016 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.10.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

6. SG2503210025 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. SG2506300230 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.06.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

11. Kupfer-Glas-Migration

Beschreibung:

Die Abschaltung der Kupfernetze und die Migration der Kunden auf Glasfasernetze, die durch die Telekom und durch die Wettbewerber betrieben werden, wird das beherrschende Thema der nächsten Monate und Jahre.

Das Vorgehen der zuständigen Bundesnetzagentur, aber auch die Flankierung durch die Politik wird darüber entscheiden, ob die Kupfer-Glas-Migration (KGM) zum Booster für den Wettbewerb und Angebotsvielfalt wird oder ob die Telekom in der Folge ihres Kupfermonopols einen entscheidenden strategischen Vorteil erhält und Deutschland bei der

digitalen Infrastruktur im Festnetzbereich weiterhin hinterherhinkt. Die Politik soll mit der BNetzA ein Konzept erarbeiten, welches einen fairen Wettbewerb zu allen Zeitpunkten der Migration bis zur Abschaltung der letzten Kupfernetze gewährleistet.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2412100011 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.10.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2506300233 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung
(BMDS) [alle SG dorthin]

12. **Faire Wettbewerbsbedingungen**

Beschreibung:

Die Empfehlung zu relevanten Produkt- und Dienstleistungsmärkten ist das zentrale Instrument, das nationalen Regulierungsbehörden ermöglicht, bei Vorliegen signifikanter Marktmacht (SMP) zügig und vorhersehbar einzugreifen, um Marktmissbrauch zu verhindern. Ohne die Empfehlung stünden Regulierungsbehörden vor nahezu unüberwindbaren Hürden, wenn es darum geht, den Wettbewerb zu schützen. Die Abschaffung der Empfehlung würde nicht nur den regulatorischen Rahmen schwächen – sie würde das Fundament des Wettbewerbs auf dem Telekommunikationsmarkt zerstören und ernsthaft gefährden, dass Endkunden eine echte Auswahl zwischen unterschiedlichen Anbietern behalten. Aus diesem Grund fordern wir, die bestehende Empfehlung in vollem Umfang beizubehalten.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506300237 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.06.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1.960.001 bis 1.970.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

VATM-JA-2024.pdf